THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 6
Juli 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Thüringer Bibliotheksrechtsgesetz beschlossen

Das bundesweit erste Bibliotheksgesetz hat der Thüringer Landtag in seiner Plenarsitzung am 4. Juli 2008 beschlossen. In der vorangegangenen Aussprache wurde das Gesetz unterschiedlich bewertet. Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE) kritisierte, dass die Finanzierung der von Gemeinden und Landkreisen unterhaltenen Bibliotheken lediglich als freiwillige Leistung der Kommunen festgeschrieben worden sei, was den Effekt des Gesetzes in Frage stelle. Der SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Döring vermisste im Gesetzentwurf der CDU die Nutzerorientierung. Ein Bibliotheksgesetz müsse den Qualitätsstandards einer Bildungseinrichtung entsprechen. Jörg Schwäblein (CDU) entgegnete, dass die Kommunen den jeweiligen Bedarf an Bibliotheken vor Ort am besten einschätzen und unterstützen könnten. Vor der mehrheitlichen Verabschiedung des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion betonte Kultusminister Bernward Müller, dass das Hauptziel, den freien Zugang zu Bibliotheken rechtlich zu sichern, mit dem Gesetzentwurf klar gelungen sei.

Sicherheitsrecht neu geregelt

In seiner Plenarsitzung am 3. Juli 2008 beschloss der Landtag in zweiter Beratung das Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheits- und verfassungsrechtlicher Vorschriften, das auf einen Gesetzentwurf der Landesregierung zurückgeht. Notwendig geworden war die Neuregelung durch seit 1999 getroffene Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und der Landesverfassungsgerichte. Ein Novum im neuen Gesetz stellt der Umgang mit Gewalttätern in Familie und Partnerschaft dar. Auch die automatische Autokennzeichenerfassung sowie die Voraussetzungen zur Telefon- und Wohnraumüberwachung wurden neu geregelt. Ein Gesetzentwurf der SPD zur Sicherung verfassungsmäßiger Regelungen im Polizei- und Sicherheitsrecht fand keine Mehrheit.
Roland Hahnemann (DIE LINKE) übte grundlegende Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung und beklagte deutliche Eingriffe in die Grundrechte. Es müsse Räume geben, in denen sich die Bürger vollkommen unbeobachtet fühlen könnten. Auch Uwe Höhn (SPD) kritisierte den Entwurf und vermisste insbesondere eine Normenklarheit, die Polizei und betroffene Bürger befähige, ihr Verhalten am Gesetz auszurichten Dem hielt Wolfgang Fiedler (CDU) entgegen, dass alle Vorgaben der Verfassungsgerichte berücksichtigt worden seien. Die Sicherheitsgesetze hätten Modellcharakter. Durch die vorgesehenen Änderungen werde Thüringen mit innerer Sicherheit belohnt. Innenminister Manfred Scherer unterstrich, dass das vorliegende Gesetz eine Grundrechtsstärkung bedeute, da die Befugnisse der Polizei einschränkend formuliert seien.

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

Eine mündliche Anhörung zum Regierungsentwurf des Thüringer Gaststättengesetzes führte der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit am 20. Juni 2008 durch. „Neben dem Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag haben sich insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Hotel- und Gaststättenverband Thüringens an der Anhörung beteiligt“, berichtete Ausschussvorsitzender Dr. Michael Krapp (CDU).
Nachdem die Zuständigkeit mit der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen war, hatte die Thüringer Landesregierung vorgeschlagen, im Interesse einer Entbürokratisierung das bisherige Genehmigungsverfahren für gastronomische Einrichtungen in ein Anzeigeverfahren umzuwandeln. Während dieser Vorschlag von den Vertretern der Wirtschaft grundsätzlich begrüßt wurde, meldeten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Bedenken gegen diese beabsichtigte Systemumstellung an. Der Ausschuss wird – auch unter Einbeziehung weiterer schriftlich vorliegender Stellungnahmen – die vorgebrachten Argumente gegeneinander abwägen und zu gegebener Zeit dem Plenum des Landtags einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Ausschuss für Naturschutz und Umwelt

In seiner Sitzung am 20. Juni 2008 befasste sich der Ausschuss für Naturschutz und Umwelt unter anderem mit der Einleitung von Kalilauge in die Werra. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, ein unabhängiges Gutachten zur Wirkung der Kaliabwässer auf den Lebensraum Werra einzuholen, wurde abgelehnt. „Die Mehrheit des Ausschusses teilte die Meinung der Landesregierung, das Gutachten der Eco-Ring berücksichtige die relevanten Aspekte ausreichend“, so Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE). Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur Beendigung der Einleitung von Kaliabwässern aus dem hessischen Neuhof in die Werra wurde mit Änderungen einstimmig angenommen.
Der Ausschuss befasste sich zudem mit der radioaktiven Belastung von Schwarzwild im Landkreis Gotha und im Ilm-Kreis. Die Landesregierung legte dar, dass die lokal begrenzte Anreicherung von Caesium im Waldboden eine Spätfolge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 sei.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Thüringer Landtags erstreckte sich das letzte Plenum diesmal über drei Tage. Die Abgeordneten hatten also eine besonders lange Liste an Tagesordnungspunkten abzuarbeiten. Die vor Ihnen liegende Ausgabe des Landtagskuriers berichtet von wichtigen Gesetzen, die verabschiedet wurden. Es handelt sich dabei zum einen um das Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheits- und verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften, das im Plenum eine kontroverse Debatte auslöste, zum anderen um das Thüringer Bibliotheksgesetz, das bundesweit erste Gesetz dieser Art. Auch über den diesjährigen Tag der offenen Tür und eine bemerkenswerte literarisch-musikalische Veranstaltung wird berichtet. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und einen sonnigen Sommer!

Dagmar Schipanski

Ihre
Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Ausstellungen

„Thüringen im Gepäck“:
Ein literarisch-musikalischer Abend im Landtag

Am Mittwoch, dem 18. Mai 2008 eröffnete die Vizepräsidentin des Thüringer Landtags Birgit Pelke die Ausstellung „Thüringen im Gepäck“ im Rahmen eines literarisch-musikalischen Abends. Drei Thüringer Künstler, die seit mehr als zwanzig Jahren in Berlin leben, präsentierten Auszüge ihres Schaffens. Trotz unterschiedlicher Genres haben alle drei eines gemeinsam: die bleibende Verbundenheit mit Thüringen und die künstlerische Auseinandersetzung mit der Metropole Berlin in ihrer Spannung zu den eigenen Wurzeln. Ausgangspunkt der künstlerischen Kooperation war der Wunsch, den Zusammenhalt der Thüringer in Berlin zu dokumentieren und weiter zu fördern. Die Malerin Inge H. Schmidt zeigte elf großformatige Bilder aus ihrem Werk. Der Liedermacher und Autor Stephan Krawczyk präsentierte Thüringer Texte, einige seiner neuen Lieder und auch das eine oder andere Stück in Mundart. Der Autor Jürgen Hultenreich las Auszüge aus seinem 2005 erschienenen Buch „Westausgang – 64 Stories“.



Veranstaltungen

Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag

Auch in diesem Jahr fand wieder der traditionelle Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags statt. Am 14. Juni 2008 informierten sich rund 12.000 Besucher über die Arbeit des Parlaments und über die Landespolitik. Besonderes Interesse weckten der Plenarsaal und das Büro der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Auch die rund 150 Info-Stände von Städten und Landkreisen, Verbänden, Vereinen und Institutionen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur waren gut besucht. In ihrer Eröffnungsrede unterstrich Schipanski ihr Anliegen, vor allem Jugendliche für Politik zu interessieren. Und so stand der diesjährige Tag der offenen Tür ganz im Zeichen der Jugend. Die Landesmedienanstalt ließ den Tag erstmalig durch die „Pixel-Kids“, medienpädagogisch geschulte Kinder, dokumentieren. Bereits am Nachmittag konnte allen Gästen ein zehnminütiger Film präsentiert werden, in dem Vertreter verschiedenster Institutionen den trickreichen Fragen der kleinen Fernsehmacher zur Politik standhielten. Einen Höhepunkt des Tages bildete der Redewettbewerb „Jugend im Parlament“, der unter Anwesenheit vieler Landtagsabgeordneter im Plenarsaal stattfand. Reformbedarf im Schulwesen, Demokratie als Lebensinhalt oder die Aufklärung über Symbole der rechtsextremen Szene waren Themen, die von den Schülern überzeugend präsentiert wurden. Am Nachmittag sorgte das Fußballturnier „Soccer Tour & Girlskick“ im Beethovenpark für viel „Spaß ohne Gewalt“ bei rund 120 Jungen und Mädchen. Veranstalter und Aussteller zeigten sich sehr erfreut über die rege Teilnahme und das große Interesse, das die Bürger dem Tag der offenen Tür entgegen brachten.



Prof. Dr. Dagmar Schipanski mit den Siegern des Redewettbewerbs

CDU

CDU plädiert für den 18. März als Tag der Parlamentarischen Demokratie

Der 18. März soll Tag der Parlamentarischen Demokratie werden. Das hat der Thüringer Landtag mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen. Die Landesregierung soll im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

„Wir sind mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden aller deutscher Länder der Meinung, dass an dieses Datum in Deutschland erinnert werden sollte. Denn die parlamentarische Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie ist gegen vielfältige Widerstände und gegen katastrophale Rückschläge errungen worden – und sie wird von Extremisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums immer wieder in Frage gestellt. Auch heute“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring.

„Die gut 150 Jahre zwischen 1848 und 1990 beschreiben einen schwierigen Weg unserer Geschichte. Ein Weg, der uns Anschauungsmaterial in Fülle dafür bietet, dass Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaat, eine funktionierende demokratische Staats- und Verfassungsordnung immer wieder in Frage gestellt und mit Füßen getreten worden sind“, so Mohring. Aber nicht alleine die extreme Rechte und die Nationalsozialisten stellten die Weimarer Republik in Frage, sondern auch die extreme Linke. Sie orientierte sich an der Sowjetunion und hatte mit Demokratie oder gar parlamentarischer Demokratie nichts am Hut. Diese politische Richtung erhielt schließlich nach 1945 die Gelegenheit, ihre Visionen in einem Teil Deutschlands zu verwirklichen. Am Beispiel des Thüringer Landtags von 1946 bis 1950 kann man gut verfolgen, wie wenig die SED geneigt war, sich auf demokratische Experimente einzulassen. Eine unabhängige Justiz, insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Gewaltenteilung waren ihr ein besonderer Dorn im Auge. Das hier unter dem Deckmantel des Antifaschismus eine neue weltanschauliche Erziehungsdiktatur errichtet werden sollte, war fast von Anfang an klar. Mohring erinnerte an einen Satz Ulbrichts, der gesagt hatte,: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ „Mit all dem war im Herbst 1989 Schluss, und mit dem 18. März 1990 kehrte die DDR auf den europäischen Weg demokratischer Verfassungsstaatlichkeit zurück. Seither hat die Demokratie in Thüringen feste Wurzeln geschlagen, wie wir in den Thüringen-Monitoren der letzten Jahre nachlesen können. Sie ist als Staatsidee und Verfassungsordnung in sehr hohem und in der Praxis in einem realistischen, aber verbesserungsfähigen Maß akzeptiert“, erklärte Mohring abschließend.



Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Im Endspurt des Volksbegehrens für mehr kommunale Demokratie

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützten mit aller Kraft den Endspurt des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie in den Thüringer Kommunen. Zwar ist DIE LINKE nur eine von 19 Parteien und Organisationen in Thüringen, die sich im Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen engagieren, aber es ist wohl nicht vermessen, zu sagen, dass sie zu den Aktivsten zählt. Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender: „Der Ausbau der direkten Demokratie in den Thüringer Gemeinden, Städten und Landkreisen ist unverzichtbar, um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Nicht zuletzt angesichts der wachsenden Politikverdrossenheit ist es eminent wichtig, die direkten Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in ihren Kommunen, z.B. bei Bauvorhaben oder bei Fragen der Gestaltung von Satzungen oder Abgaben, auszuweiten."



CDU-Landesregierung lässt junge Lehrer gen Westen ziehen

Die „völlig verfehlte Personalpolitik" des Thüringer Kultusministers hat Michaele Reimann, Bildungspolitikerin der LINKEN, anlässlich der Protestaktion von Grundschülern aus Buttelstedt (Weimarer Land) am 4. Juli vor dem Landtag kritisiert. „Es ist pädagogisch verantwortungslos, dass eine offenbar sehr erfolgreiche junge Lehrerin nach zwei Jahren gehen muss, weil ihre Befristung nicht aufgehoben wird", betonte die Abgeordnete und verwies darauf, wie wichtig es gerade für Kinder im Grundschulalter ist, feste Bezugspersonen zu haben.



„Die Landesregierung lässt die jungen Lehrer gen Westen ziehen, wohl wissend, dass Thüringen sie schon in wenigen Jahren händeringend suchen wird", sagte Frau Reimann. Sie bezeichnete die Ankündigung des Kultusministeriums, in diesem Jahr 35, wieder befristete, Neueinstellungen vorzunehmen – darunter 15 Lehramtsanwärter – als „blanke Schaufensterpolitik", die sich bitter rächen werde, und forderte einen erkennbaren Einstellungskorridor mit wirklichen Perspektiven.

DIE LINKE.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

Diätenmoratorium von CDU und SPD abgelehnt

Die Ablehnung des von der Fraktion DIE LINKE beantragten Diätenmoratoriums durch CDU und SPD am 3. Juli im Landtag bewertete Fraktionsvorsitzender Dieter Hausold als „völlig instinktlos". „Während die Lebenssituation für große Teile der Bevölkerung in Thüringen durch sinkende Realeinkommen und steigende Preise immer prekärer wird, verweigern CDU und SPD ein politisches Signal aus dem Landtag als eine Art Zeichen der Solidarität mit den Bürgern. Selbst wenn sie die weitergehenden Reformpositionen der LINKEN zum Abgeordnetenrecht nicht teilen, hätten sie wenigstens dem Aussetzen der Diätenanpassung bis zum Ende der Legislatur zustimmen können."

Bundesverkehrsminister Tiefensee besucht Erfolgsfirma ersol

Beeindruckt zeigte sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee bei einem Besuch der Firma ersol Solar Energy in Erfurt im Juni. Gemeinsam mit Fraktionsvorsitzendem Christoph Matschie (links), Umweltpolitikerin Dagmar Becker (Mitte) und Wirtschaftspolitiker Dr. Hartmut Schubert (alle SPD-Fraktion) besichtigte Tiefensee das neue Werk, in dem so genannte Dünnschichtmodule hergestellt werden. Es wurde im Dezember 2006 in Betrieb genommen. Insgesamt beschäftigt Ersol über 1000 Mitarbeiter an fünf Standorten in und um Erfurt - bis 2010 will das 1997 gegründete Unternehmen, das auch an der Börse notiert ist, 2000 Mitarbeiter beschäftigen. „Das ist eine Erfolgsgeschichte ohne Ende", so Tiefensee angesichts dieser Fakten. Wegen des sich abzeichnenden Fachkräftemangels, der sich auch auf die Entwicklung von ersol auswirken wird, erneuerte Christoph Matschie seine Forderung nach einem Fachkräfte-Monitoring.



SPD-Fraktion lehnt Abschaffung der Erbschaftssteuer ab

„Finanzpolitisches Harakiri" wirft SPD-Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde dem CDU-Fraktionsvorsitzendem Mike Mohring vor. Dessen fortwährende Forderung nach einer Abschaffung von Erbschaftssteuer und Ökosteuer sei in höchstem Maße unseriös, so Pidde.
„Mit seinem Aufstieg zum Fraktionsvorsitzenden hat Mohring offenbar sein gesamtes finanzpolitisches Wissen ad acta gelegt", sagt Pidde. Pidde verweist auf eine von ihm auf den Weg gebrachte parlamentarische Anfrage, deren Antwort nun vorliegt. Danach ginge dem Freistaat Thüringen im Falle einer Abschaffung der Erbschaftssteuer weit mehr verloren als die von Mohring immer wieder ins Feld geführten 10 Millionen Euro aus dem Thüringer Erbschaftssteuer-Aufkommen. Weitere 100 Millionen Euro kämen nämlich durch Verluste hinzu, die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs anfallen würden, so Pidde. Deshalb, so Pidde mit Verweis auf Ausführungen von Thüringens Finanzministerin, müsse die Forderung nach einer Abschaffung der Erbschaftssteuer auch und vor allem unter streng fiskalischen Gesichtspunkten bewertet werden.

SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Wasser / Abwasser: Neue Belastungen?

Keinerlei Fortschritt bei der Straffung der Strukturen von Wasserzweckverbänden in Thüringen sieht Christoph Matschie. Der SPD-Fraktionsvorsitzende wirft der Thüringer Landesregierung Versagen auf ganzer Linie vor. „Wie so oft hat Ministerpräsident Althaus viel versprochen und wenig gehalten. Von wirtschaftlichen Strukturen in Thüringens Wasser-/Abwasserbereich kann keine Rede sein. Und das Mitspracherecht der Gebühren- und Beitragszahler bei Verbandsentscheidungen ist in vielen Fällen Fehlanzeige", kritisiert Matschie. Von thüringenweit 70 befragten Verbänden hatten lediglich 11 Verbraucherbeiräte gegründet. Mit dem neuen Thüringer Wassergesetz drohten den Verbänden und damit den Gebühren- und Beitragszahlern womöglich neue Belastungen.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail: buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail: tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Reges Interesse an der Arbeit der Bürgerbeauftragten

Auch am diesjährigen „Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag“ am 14.06.2008 war die Dienststelle der Bürgerbeauftragten mit vertreten.



Silvia Liebaug und Silvia Mönch am Stand der Bürgerbeauftragten

Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit und kamen mit der Bürgerbeauftragten ins Gespräch.

Neben allgemeinen Fragen zum Aufgabenfeld, Zuständigkeitsbereich etc. wurden auch konkrete Anliegen vorgetragen und Termine zu Bürgersprechstunden vereinbart.

Reges Interesse bestand auch am vielseitigen Informationsmaterial, nicht nur die Dienststelle der Bürgerbeauftragten betreffend.

Bei den vorgetragenen Bürgeranliegen, die zeitnah abschließend bearbeitet werden, geht es u. a. um Themenbereiche wie Rechtspflege, Erbscheinverfahren, Schulen, Rehabilitierung und Immissionsschutz.

Wegen der guten Bilanz des „Tages der offenen Tür“ für die Öffentlichkeitsarbeit der Dienststelle ist auch in den Folgejahren die Teilnahme der Dienststelle der Bürgerbeauftragten vorgesehen.

Im Jahr 2008 wurden bis zum 30.06.2008 insgesamt 463 Anfragen und Anliegen an die Bürgerbeauftragte herangetragen.

Neben den zahlreichen Bürgersprechstunden in der Dienststelle in Erfurt und in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Stadtverwaltungen hat die Bürgerbeauftragte bis zum 30.06.2008 insgesamt 20 Ortstermine zu vorliegenden Bürgeranliegen durchgeführt.

Der Datenschutzbeauftragte

Meldedatenpanne in Thüringen ?

Das Fernseh-Magazin „Report aus München“ erregte am 23.06.2008 die Aufmerksamkeit der Datenschützer: In mehreren Gemeinden Deutschlands waren die Einwohnermeldedaten sämtlicher Bürger für Online-User abrufbar. Viele Einwohnermeldeämter verwenden die Software „MESO“ und das dazugehörige Modul „OLMERA“ der Software-Firma HSH für Online-Melderegister-Auskünfte. Bei der Installation des Programms versäumten es bundesweit 15 Meldeämter, das mitgelieferte und für alle Kunden gleiche Installationspasswort in ein eigenes Passwort abzuändern. Anfang 2008 veröffentlichte HSH aufgrund einer internen „Panne“ das Installationspasswort auf seiner Firmen-Homepage. Laut HSH war es daher seit März 2008 möglich, mithilfe dieses Passworts auf die bei den Meldeämtern gespeicherten Daten zuzugreifen. In der Folge seien in zwei Gemeinden tatsächlich unberechtigte Zugriffe auf Einwohnerdaten erfolgt.
Der TLfD konnte in Thüringen eine Behörde ermitteln, die das Passwort nicht verändert hatte. Er ging der Frage nach, ob auch dort unberechtigt über das Internet auf Einwohnerdaten zugegriffen worden war und konnte Entwarnung geben: Zu keinem Zeitpunkt waren Meldedaten über das Internetportal der Behörde abrufbar. Die Anwendung der Software befand sich noch in einem Testlauf, weil die Anpassung eines Payment-Verfahrens für den teilweise gebührenpflichtigen Datenabruf noch nicht abgeschlossen war. Auf Anregung des TLfD hat das Thüringer Innenministerium Hinweise an die Kommunen zur Überprüfung der Sicherheitseinstellungen veranlasst.
Ob die Bürger eine Online-Melderegisterauskunft zu ihren Daten überhaupt zulassen wollen, können sie selbst bestimmen: Sie haben die Möglichkeit, dem Abruf ihrer Daten über das Internet gegenüber der für sie zuständigen Meldebehörde zu widersprechen (§ 31 Absatz 3 Satz 3 des Thüringer Meldegesetzes).

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Seit 27. Juni wieder geöffnet: Stasi-Haft Andreasstraße



Zu den ersten Besuchern gehörte am 1. Juli 2008 Ministerpräsident Althaus.

Unter dem Thema „Licht und Horizonte“ wurde auch dieses Jahr eine Sommerausstellungszeit in dem leerstehenden Gefängnis am Domplatz vorbereitet, das bis Mitte September kostenfrei offen steht. Im Erdgeschoß sind Modelle von Architekturstudenten für eine Gedenkstätte zu sehen, Arbeiten des Weimarer Fotografen Claus Bach und DDR-Bilder des Malers Eckehard Post. Jeder Erfurter kann außerdem abends die Lichtinstallation im ehemaligen Vernehmertrakt von der Straße her sehen. Das wechselnde kühle Blaulicht an Fenstern und Fassade macht auf die Geschichte des Hauses aufmerksam. Da die Ausstellungsmacher diesen Sommer bereits mit Bauarbeiten gerechnet hatten, war diese Installation langfristig geplant und durch einen Workshop Coburger Designstudenten vorbereitet worden. Es gibt wie in den Vorjahren das Angebot zur Besichtigung der originalen MfS-Haft, zum Hören von eindrücklichen Zeitzeugeninterviews, zur Teilnahme an Besucherführungen und zum Nachlesen der Fachliteratur.

Vorträge gibt es zu den folgenden Themen:
- 13. August zum SED-Justizunrecht (Hans-Jürgen Grasemann)
- 22. August zu den Erfurter Angerprotesten vom 22. August 1968 (Andrea Herz)
- 6. September zur DDR-Punkbewegung und deren Verfolgung (Frank Willmann u.a.)

Am Tag des offenen Denkmals, dem 14. September, wird es ein ganztägiges Programm geben, bevor die Pforten des Gebäudes wieder bis auf weiteres geschlossen werden.

Ausstellung noch bis 14. 09.2008
Do – So 14.00 bis 19.30 Uhr
Do 17.30 Uhr Führungen (TLStU)
Besuchergruppen auch außerhalb der Öffnungszeit:
Anfrage unter 0361 37 71951

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.